

Rechte, Normen und Standards zu Barrierefreiheit

Inhaltsverzeichnis

Rechte, Normen und Standards.....	2
Bundesverfassungsgesetz	2
Bundesgesetzblatt vom 10 August 2005	2
Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz - BGStG.....	3
E-Government-Gesetz – E-GovG.....	4
BITV 2.0	5
Das World Wide Web Consortium (W3C)	5
Geschichte	5
Ziele.....	6
Web Accessibility Initiative (WAI)	7
Web Content Accessibility Guidelines (WCAG).....	8
ISO-Standards	9

Rechte, Normen und Standards

Wie die bisherigen Kapitel demonstriert haben, kann Barrierefreiheit einer Vielzahl von Nutzern helfen, Hardware, Software oder Internetseiten besser verwenden zu können. Diese Erkenntnis wurde natürlich auch schon in offizieller Form von Behörden und Organisationen niedergeschrieben. Daher ist es sehr empfehlenswert sich mit den gesetzlichen Grundlagen, Normen, Richtlinien und Standards bezüglich Barrierefreiheit auseinanderzusetzen.

Bundesverfassungsgesetz

In Österreich wird die Gleichstellung von behinderten und nichtbehinderten Menschen durch das Bundesverfassungsgesetz geregelt:

„Artikel 7. (1) Alle Staatsbürger sind vor dem Gesetz gleich. Vorrechte der Geburt, des Geschlechtes, des Standes, der Klasse und des Bekenntnisses sind ausgeschlossen. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Die Republik (Bund, Länder und Gemeinden) bekennt sich dazu, die Gleichbehandlung von behinderten und nichtbehinderten Menschen in allen Bereichen des täglichen Lebens zu gewährleisten.“¹

Dieser Gesetzestext zeigt deutlich, dass Menschen mit Handicaps in keinem Lebensbereich gegenüber der restlichen Bevölkerung eingeschränkt werden darf. Um dies gewährleisten zu können, ist es also naturgemäß nötig über die Bedürfnisse der Menschen Bescheid zu wissen, eine Aufgabe die zum Teil auch der Schule zufällt.

Bundesgesetzblatt vom 10 August 2005

Das Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich vom 10 August 2005 brachte viele neue Gesetzesgrundlagen, welche die Gleichstellung von Menschen mit Behinderung im gesellschaftlichen Leben beschreiben:

„82. Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz – BGStG) erlassen wird und

¹ Bundeskanzleramt (BKA): Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG), Online im Internet: URL: www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=30953, Seite 1, [12.06.2011].

das Behinderteneinstellungsgesetz, das Bundesbehindertengesetz, das Bundessozialamtsgesetz, das Gleichbehandlungsgesetz, das Bundesgesetz über die Gleichbehandlungskommission und die Gleichbehandlungsanwaltschaft sowie das Bundes-Gleichbehandlungsgesetz geändert werden.“²

Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz - BGStG

Der wohl wichtigste Inhalt dieses Gesetzblattes ist das neu erlassene Behindertengleichstellungsgesetz. Dieses beschreibt die Problematik weitaus detaillierter als das zuvor erwähnte Bundesverfassungsgesetz. Das Ziel dieses Gesetzestextes wird wie folgt angegeben:

„Ziel dieses Bundesgesetzes ist es, die Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen zu beseitigen oder zu verhindern und damit die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Leben in der Gesellschaft zu gewährleisten und ihnen eine selbstbestimmte Lebensführung zu ermöglichen.“³

Im Zuge des am 1. Jänner 2006 in Kraft getretenen Gesetzestextes wird detailliert beschrieben was als Diskriminierung verstanden wird und in welchen Fällen eine Diskriminierung im Sinne dieses Gesetzes vorliegt. Weiters beschreibt es welche Verpflichtungen der Staat gegenüber der betroffenen Bevölkerungsgruppe hat:

„(...) Der Bund verpflichtet sich, die geeigneten und konkret erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um Menschen mit Behinderungen den Zugang zu seinen Leistungen und Angeboten zu ermöglichen. (...)“⁴

Zusätzlich definiert das Bundes-Behindertengleichstellungsgesetz auch die Rechtsfolgen bei Verletzung des Diskriminierungsverbotes.

² Bundeskanzleramt (2005), Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich. Ausgegeben am 10. August 2005, Online im Internet: URL: http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2005_I_82/BGBLA_2005_I_82.pdf, Seite 1, [12.06.2011].

³ Ebd., Seite 1.

⁴ Ebd., Seite 3.

E-Government-Gesetz – E-GovG

Das E-Government-Gesetz (E-GovG) wird im Bundesgesetzblatt vom 27. Februar 2004 beschrieben. Es beinhaltet neue Bestimmungen bezüglich der elektronischen Kommunikation mit öffentlichen Stellen. Ein großer Teil dieses Gesetzes befasst sich mit der Bürgerkarte und beschreibt wie die Daten vor Zugriff Dritter geschützt werden sollen, allerdings finden sich darin auch zwei Absätze die für diese Arbeit relevant sind.

„Dieses Bundesgesetz dient der Förderung rechtserheblicher elektronischer Kommunikation. Der elektronische Verkehr mit öffentlichen Stellen soll unter Berücksichtigung grundsätzlicher Wahlfreiheit zwischen Kommunikationsarten für Anbringen an diese Stellen erleichtert werden.“⁵

Dieser Absatz macht deutlich, dass der Nutzer das Kommunikationsmittel frei wählen können soll. Dies ist eines der Grundprinzipien von Barrierefreiheit. Der Enduser muss die Möglichkeit haben auf die gewünschten Inhalte mit einem Kommunikationsmittel zugreifen zu können, das seinen Ansprüchen gerecht wird. Hierbei kann es sich sowohl um einen gewöhnlichen Webbrowser, einen Screenreader oder einfach nur ein mobiles Endgerät, wie etwa ein Smartphone, handeln.

„Bei der Umsetzung der Ziele dieses Bundesgesetzes ist Vorsorge dafür zu treffen, dass behördliche Internetauftritte, die Informationen anbieten oder Verfahren elektronisch unterstützen, spätestens bis 1. Jänner 2008 so gestaltet sind, dass internationale Standards über die Web-Zugänglichkeit auch hinsichtlich des barrierefreien Zugangs für behinderte Menschen eingehalten werden.“⁶

An dieser Stelle des Gesetzestextes wird einerseits der Zeitrahmen für die Umsetzung festgelegt und andererseits auch nochmals das Thema Barrierefreiheit eingebunden. Die Umgestaltung der Internetauftritte sollte bereits seit 1. Jänner 2008 erfolgt sein. Das bedeutet, dass

⁵ Bundeskanzleramt (2004), Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich. Ausgegeben am 27. Februar 2004, Online im Internet: URL: http://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/BgblAuth/BGBLA_2004_I_10/BGBLA_2004_I_10.pdf, Seite 2, [12.06.2011].

⁶ Ebd., Seite 2.

Barrierefreiheit etwas ist, dem wir regelmäßig begegnen und das, rechtlich gesehen, ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft ist.

BITV 2.0

Bei der BITV 2.0 handelt es sich um die Verordnung zur Schaffung barrierefreier Informationstechnik nach dem Behindertengleichstellungsgesetz. Sie ist eine Bundesrechtsverordnung der Bundesrepublik Deutschland. Der Geltungsbereich ist auf Deutschland beschränkt und betrifft ausschließlich Internetangebote der Behörden und Bundesverwaltung. Die aktuelle Version 2.0 ist seit 22. September 2011 in Kraft.

Die BITV beschreibt unterschiedliche Anforderungen hinsichtlich Barrierefreiheit denen Internetseiten genügen müssen. Hierzu werden zwei Prioritätsstufen beschrieben, wobei die Anforderungen der ersten Stufe unbedingt erfüllt sein müssen und jene der zweiten Stufe sollen zumindest von zentralen Navigations- und Einstiegsangeboten eingehalten werden.⁷

Das World Wide Web Consortium (W3C)

Das W3C ist eine Organisation, welche danach strebt bestehende und zukünftige Web-Technologien zu vereinheitlichen. Es wird von einem Kernteam aus Wissenschaftlern und Fachkräften aus Industrie und Forschung geleitet, welche die benötigten Kompetenzen einbringen.

Geschichte

Das World Wide Web Consortium wurde 1994 von Tim Berners-Lee, dem „Erfinder“ des World Wide Web sowie von HTML, HTTP und URIs, gegründet, welcher heute auch Leitender Direktor ist. Anfangs handelt es sich dabei um eine Zusammenarbeit des Massachusetts Institute of Technology – Laboratory for Computer Science (MIT/LCS), CERN, DARPA⁸ und der Europäischen Kommission.

⁷ Vgl. Bundesministerium der Justiz/ Juris GmbH (2011): Verordnung zur Schaffung barrierefreier Informationstechnik nach dem Behindertengleichstellungsgesetz (Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung – BITV 2.0), Online im Internet: URL: http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/bitv_2_0/gesamt.pdf, [31.12.2011].

⁸ DARPA = Defense Advanced Research Projects Agency

Der ursprüngliche Auftrag des W3C war es, alle Möglichkeiten des Web zu erschließen. Dazu sollten unterschiedlichste Gruppierungen zusammengebracht werden um Anforderungen, Architektur, Entwürfe, Spezifikationen und Leitlinien zu erarbeiten. Zudem sollte das W3C eine Vielzahl an verschiedenen Implementierungen verhindern und die Stabilität des Webs gewährleisten.⁹

Ziele

Das W3C selbst definiert sieben Hauptziele seiner Arbeit:

- Für das W3C ist das Web ein „Universum der netzwerkzugänglichen Information“. Dieses Universum dient den Menschen, indem es neue Wege der Kommunikation eröffnet und Möglichkeiten bietet Wissen gemeinsam zu nutzen. Eines der Ziele des W3C ist es, dieses Potential für alle Menschen zugänglich zu machen, unabhängig von Sprache, Kultur, körperlichen oder geistigen Voraussetzungen, Hard- und Software oder Netzinfrastruktur.
- Erschaffung eines semantischen Webs um Informationen leichter zugänglich machen zu können. Hierzu muss eine Sprache verwendet werden die auch der Computer verstehen und austauschen kann. Die W3C Sprachen RDF, XML und digitale Signaturen spielen im Zuge dieser Bestrebungen eine zentrale Rolle.
- Ein weiteres Ziel des W3C ist der Aufbau eines „Web of Trust“, also eines vertrauenswürdigen Webs. Die Benutzer sollen die Möglichkeit erhalten Verantwortung für ihr Handeln und für ihre veröffentlichten Beiträge zu übernehmen. Dieses Bestreben beinhaltet beispielsweise digitale Signaturen oder Versionenverwaltung.
- Ein anderes Anliegen ist die Förderung der Interoperabilität. Der User soll selbst wählen mit welcher Software er auf Web-Inhalte zugreift oder welches Eingabemedium er dazu verwenden möchte. Dies inkludiert auch eines der

⁹ Vgl. Ian Jacobs (2005): Geschichte, Online im Internet: URL: <http://www.w3c.de/about/history.html>, [13.06.2011].

Hauptanliegen des W3C: Das Verhindern einer Zersplitterung der Web-Technologien durch eine Vielzahl unterschiedlicher Standards.

- Das W3C verfolgt bei all ihren Entwicklungen die Prinzipien der Einfachheit, Modularität, der Kompatibilität und der Erweiterbarkeit. Dies ist nötig um die ständige Entwicklung hin zu einem besseren Web zu ermöglichen.
- Ein weiteres wichtiges Prinzip ist die Dezentralisierung. Dies ermöglicht es Engpässe zu vermeiden und den Fluss des Webs zu gewährleisten. Daher wird versucht durch entsprechendes Design die Anzahl an zentralen Web-Einrichtungen zu beschränken.
- Das letzte Ziel ist die Entwicklung eines attraktiveren Webs, welches dem Benutzer viele neue Möglichkeiten bietet. Hierzu wird versucht die Interaktivität und Leistungsstärke der Medien im Web zu verbessern. Zu den Entwicklungen in diesem Bereich zählen beispielsweise „Scalable Vektor Graphik“ (SVG) und „Synchronized Multimedia Integration Language“ (SMIL)¹⁰

Web Accessibility Initiative (WAI)

Die „Web Accessibility Initiative“ (WAI) ist eine Arbeitsgruppe des World Wide Web Consortiums, die sich speziell mit dem Thema Barrierefreiheit befasst. Das große Ziel dieser Initiative ist es möglichst vielen Menschen den Zugang zu Onlineressourcen zu ermöglichen. Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, erarbeitet und veröffentlicht die WAI in regelmäßigen Abständen Standards und Guidelines, die das Internet für Menschen mit besonderen Bedürfnissen zugänglicher machen. Dabei geht das WAI sehr umfangreich vor und definiert unterschiedliche Standards für verschiedenste Bereiche. So existieren nicht nur Guidelines zur Informationspräsentation auf Webseiten, sondern auch für Authoring Tools, Web-Browser, Media-Player oder zur Programmierung von dynamischen Internetauftritten.¹¹

¹⁰ Vgl. Fischer, Henning/ Lischke, Petra (2003): Das World Wide Web Consortium (W3C). ...in sieben Punkten, Online im Internet: URL: <http://www.w3c.de/sieben.html>, [13.06.2011].

¹¹ Vgl. World Wide Web Consortium (2011): WAI Guidelines and Techniques, Online im Internet: URL: <http://www.w3.org/WAI/guid-tech.html>, [13.06.2011].

Für den Inhalt dieser Arbeit ist wohl der Standard für die Präsentation von Informationen auf Webseiten am interessantesten. Diese wird durch die „Web Content Accessibility Guidelines“ geregelt.

Web Content Accessibility Guidelines (WCAG)

Die „Web Content Accessibility Guidelines“ (WCAG) beschreiben wie Inhalte von Internetseiten, wie beispielsweise Text, Bilder, Formulare, Ton oder Video, für Menschen mit speziellen Bedürfnissen zugänglicher gemacht werden können.

Zum ersten Mal wurden die Web Content Accessibility Guidelines im Mai 1999 in Version 1.0 veröffentlicht. Durch die signifikanten Veränderungen im Bereich des Internet wurde natürlich auch eine Überarbeitung der vom WAI veröffentlichten Standards notwendig und so wurde am 11. Dezember 2008 die bis heute gültige Version 2.0 veröffentlicht.¹²

Die WCAG 2.0 bestehen aus 12 Guidelines, welche 4 unterschiedlichen Prinzipien zugeordnet werden:

„Perceivable

- Provide **text alternatives** for non-text content.
- Provide **captions and other alternatives** for multimedia.
- Create content that can be **presented in different ways**, including by assistive technologies, without losing meaning.
- Make it easier for users to **see and hear content**.

Operable

- Make all functionality available from a **keyboard**.
- Give users **enough time** to read and use content.
- Do not use content that causes **seizures**.
- Help users **navigate and find content**.

Understandable

- Make text **readable and understandable**.
- Make content appear and operate in **predictable** ways.
- Help users **avoid and correct mistakes**.

¹² Vgl. World Wide Web Consortium (2011): Web Content Accessibility Guidelines (WCAG) Overview, Online im Internet: URL: <http://www.w3.org/WAI/intro/wcag.php>, [13.06.2011].

Robust

- Maximize **compatibility** with current and future user tools.“¹³

ISO-Standards

Zusätzlich zu den bisher genannten Gesetzen, Richtlinien und Organisationen existieren auch zwei wichtige Standards der Internationalen Gesellschaft für Normung (ISO):

- ISO 9241-151 (Leitlinien zur Gestaltung von Benutzerschnittstellen für das World Wide Web)
- ISO 9241-171 (Leitlinien für die Zugänglichkeit von Software)

Diese Normen wurden sehr umfangreich und detailliert gestaltet. Da sich jedoch viele der enthaltenen Punkte mit den bereits zuvor beschriebenen Informationen decken, will ich diese beiden ISO-Vorschriften hier nicht genauer beschreiben.

¹³ World Wide Web Consortium (2011): WCAG 2 at a Glance, Online im Internet: URL: <http://www.w3.org/WAI/WCAG20/glance/>, [13.06.2011].